

# „Die Giche“ Organ des Gewerksvereins der Holzarbeiter Deutschlands (H.-D.)

Abonnementspreis pro Monat 30 Pfg.  
Bestellungen richtet man an den  
Verlag: Gewerksverein der Holzarbeiter  
Deutschlands  
Berlin N.O. 55, Orfischwalder Straße 222

Alle Zuschriften für die „Giche“ an H. Barnholt, Ulm a. D., Karlsstr. 47, Telefon 1442  
Alle für das Hauptbüro des Gewerksvereins bestimmten Postfachen sind zu adressieren  
Gewerksverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Orfischwalder Straße 222  
Sämtliche Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin N. O. 55, Orfischwalderstr. 222.  
Postfachkonto 59 321 beim Postfachamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-gespaltene Pfortzeitung  
20 Pfennig  
Arbeitsmarkt 15 Pfennig  
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

## Die neue Lohnsteuer.

Von Gustav Schneider-Berlin, M. b. N.

Die Neugestaltung der Lohnsteuer hat eine sehr wechselvolle Geschichte, deren Ursprung in der völlig unzulänglichen Regierungsvorlage zu suchen ist. Bekanntlich glaubte die Reichsregierung aller sozialen Verpflichtung in den Steuergesetzen ledig zu sein, wenn sie den steuerfreien Betrag von 600 M. jährlich auf 720 M. und den Kinderabzug vom dritten Kinde an auf 2 v. H. erhöhte. Im übrigen sollte alles so bleiben wie es war. Alle Eingaben des G.D. über die untragbare Höhe der Lohnsteuer, der durch sorgfältige vergleichende Berechnungen der Lohnsteuer mit der früheren preussischen Einkommensteuer, die eine erhebliche Mehrbelastung ergab, der Nachweis, daß der prozentuale Abzug für den Familienstand die hohen Einkommen begünstigt, die kleinen Einkommen aber schwer benachteiligt — alles das war gänzlich unberücksichtigt geblieben. Das Reichsfinanzministerium sah in der Lohnsteuer die ergiebigste fließende Steuerquelle, deren Ertrag es sich nicht schmälern lassen wollte. Geltend gemachte soziale Bedenken wurden durch den Hinweis auf den Finanzbedarf des Reiches und der Länder zurückzuweisen gesucht.

Es läßt sich denken, daß der Kampf um die soziale Gestaltung der Lohnsteuer sehr schwer war. Fast um jede weitere Erhöhung des Lohnsteuerfreien Betrags um 60 Mark jährlich mußte gerungen werden, bis schließlich der steuerfreie Betrag von 960 Mark erreicht war. Ebenso schwierig war der Kampf um die sozialen Abzüge. Gegen den von mir gestellten Antrag auf Einführung fester Abzüge (Chefrau und die ersten beiden Kinder je 240 Mark, für das dritte und jedes weitere Kind je 480 Mark jährlich) wurden technische „Schwierigkeiten“ ins Feld geführt.

Der prozentuale Abzug hätte sich „eingeführt“, die Unternehmer seien daran „gewöhnt“, es würde Schwierigkeiten machen, sie „umzustellen“ und ähnliches mehr. Die Begünstigung der hohen Einkommen sei auch „nicht so groß“, daß eine Aenderung notwendig erscheine, den kleinen Einkommensempfängern würde ja durch das höhere Existenzminimum „geholfen“, kurz und gut, eine Entlastung der kleinen Lohnempfänger wurde nicht beliebt. Aber die angeführten Gründe waren nur Scheingründe, der wahre Grund war eben der, daß die kleinen Lohnempfänger in weitaus größerer Zahl vorhanden sind und jede Erleichterung des auf ihnen lastenden Steuerdruckes die größere Auswirkung für den Steuerfiskus haben mußte. Deshalb sollte Unrecht weiterhin Unrecht bleiben.

Aber schließlich setzte sich der von mir vertretene Gedanke einer Entlastung der unteren Einkommen durch, jedoch in einer geradezu grotesken Form. Bei den Einkommen bis zu 3000 Mark sollte das Kinderprivileg (Erhöhung des Abzugs auf 2 v. H.) schon beim zweiten Kinde beginnen, anstatt wie vorgeschlagen beim dritten. Mein Einwand, daß durch die Erhöhung des prozentualen Abzuges die Begünstigung der höheren Einkommen noch gesteigert würde, wurde als unzutreffend beiseite geschoben, ebenso der Hinweis, daß es einfacher wäre, bei Einkommen bis 3000 Mark den Steuersatz auf etwa 6 v. H. herabzusetzen. Bedenken wegen „technischer Schwierigkeiten“ könnten doch nicht erhoben werden, nachdem eine Gehaltsgrenze in Aussicht genommen sei, deren Durchführung sicherlich schwieriger sei, als mein Antrag. Es half alles nichts. Der von den Regierungsparteien gestellte Antrag wurde bei der Beratung des Steuerüberleitungsgesetzes angenommen und hat seit seiner Anwendung vom 1. Juni ab den Beweis für die Richtigkeit meiner Kritik erbracht. Schließlich mußten die Regierung und die hinter ihr stehenden Parteien einsehen, daß es geradezu aufreizend wirken mußte, wenn das steuerfreie Einkommen einer Familie mit 3 Kindern und einem Einkommen von

1800	Mark	sich	auf	1484	Mark
2400	Mark	sich	auf	1824	Mark
3000	Mark	sich	auf	2184	Mark
4000	Mark	sich	auf	2784	Mark
5000	Mark	sich	auf	3384	Mark
6000	Mark	sich	auf	3984	Mark
7000	Mark	sich	auf	4584	Mark
8000	Mark	sich	auf	5184	Mark

belieb und wenn Familien mit 6 Kindern und einem Einkommen von 6000 bis 8000 Mark keinen Pfennig Steuern zahlten, aber der Lohnempfänger von 2400 Mark bei 3 Kindern 57,60 Mark und bei 4 Kindern immer noch 28,80 Mark zu zahlen hatte.

Es war daher nicht überraschend, als bei der ersten Lesung des Einkommensteuergesetzes diese unglücklichen Beschlüsse fallen gelassen wurden. Aber nun verfielen die Regierungsparteien in das entgegengesetzte Extrem. Sie übernahmen zwar die festen Abzüge — die anfänglich schwer durchführbar waren, setzten sie aber so niedrig, daß die Besserstellung der Einkommen bis zu 3000 Mark verloren ging und die höheren Einkommen nunmehr ungebührlich hoch belastet wurden. Zwei Fliegen mit einem Schlag. Es wurde vorgeschlagen und beschlossen, ohne irgendwie auf die Einwände der Opposition einzugehen, die Abzüge wie folgt festzusetzen: Chefrau 90 M. (7,50 M. monatlich), erstes Kind 120 M., zweites Kind 240 M., drittes Kind 360 M., viertes Kind 480 M., fünftes und jedes weitere Kind je 600 M. jährlich. Der von mir vorhergesagte Sturm brach los. Der Steuerausschuß wurde mit Protesten überschwenmt, deren Wirkung sich bei der zweiten Lesung im Steuerausschuß zeigte.

Übermals wurde ein anderer Antrag eingebracht. Statt jetzt nun wenigstens auf die von mir eingebrachten klaren und einfachen Anträge zurückzugreifen, wurde eine neue „Lösung“ gesucht. Es hätte sich wahrscheinlich nicht mit dem „Prestige“ der Mehrheitsparteien vereinbaren lassen, einen Antrag der Opposition aufzugreifen; und schließlich: warum soll ein Sache einfach gemacht werden, wenn sie auch kompliziert gemacht werden kann? Zwar sollte die „Steuerreform“ eine Vereinfachung der Steuergesetze bringen, aber wenn es ums „Prestige“ geht — — —!

So wurden denn fester Abzug und prozentualer Abzug kombiniert. Aber in der Eile, mit der es geschah, wurde dem „Kompromiß“ eine Fassung gegeben, die eine andere Wirkung hatte, als seine Urheber beabsichtigt hatten. Es erregte geradezu Sensation im Reichstage, als ich die Richtigkeit der von der Regierung vorgelegten Ausrechnungen anzweifelte. Ich war bei meinen Berechnungen zu anderen Ergebnissen gekommen und beim Vergleich zeigte sich, daß ich nach der Fassung des Antrages berechnet hatte, die Regierung aber nach dem, was sie „gemeint“ hatte. Der vom Staatssekretär Popitz unternommene Versuch, meine Beweisführung zu entkräften, scheiterte an ihm selbst, da er im gleichen Atemzuge eine neue Formulierung des Antrages ankündigte. Die Abstimmung über den Lohnsteuer- und die damit zusammenhängenden Paragraphen mußten infolgedessen um zwei Stunden verschoben werden. Das Ergebnis aber ist ebenso unbefriedigend, wie kompliziert; in der praktischen Anwendung wird sich zeigen, ob es auf die Dauer haltbar ist.

Der für alle Lohnneinkommen bis zu 8000 Mark abzugsfähige Betrag bemißt sich auf 960 Mark jährlich. Es setzt sich zusammen aus

- 600 Mark Existenzminimum
- 180 Mark Werbungskosten (§ 16)
- 180 Mark Sonderleistungen (§ 17).

Diese Dreiteilung folgt einer von mir gegebenen Anregung, die Möglichkeit zu schaffen, Mehrausgaben für Werbungskosten und Sonderleistungen vom Einkommen abziehen zu können. Im Entwurf war der für diese Zwecke vorgesehene Betrag bei den Lohnsteuerpflichtigen geringer als bei den Veranlagungspflichtigen. Ich habe die Gleichstellung verlangt, weil bei den Lohnsteuerpflichtigen das Einkommen auf Heller und Pfennig erfaßt wird, während die Veranlagungspflichtigen alle Möglichkeiten der Gesetzes-„Auslegung“ anwenden können. Die im neuen Gesetz getroffene Regelung ist gut denn sie ermöglicht einmal die über den Betrag von 180 Mark hinausgehenden Werbungskosten, zum anderen den über 180 Mark hinausgehenden Betrag für Sonderleistungen abzuziehen. Der Höchstbetrag für Sonderleistungen ist auf meine Anregung erhöht worden und beträgt für den Ledigen 480 Mark, für die Chefrau und jedes Kind je 100 Mark. Ein Verheirateter mit zwei Kindern kann demnach 780 — 180 = 600 Mark abziehen. Sein steuerfreies Einkommen erhöht sich um diesen Betrag. Natürlich ist der Nachweis

der Mehrausgabe erforderlich. Er ist unschwer zu erbringen, wenn der Steuerpflichtige z. B. die Prämienquittung über eine Lebensversicherung bei der „Deutschen Welt A.-G. Berlin-Zehlendorf“ vorlegt.

Neben diesen Abzügen werden für die Ehefrau und jedes Kind je 10 v. H. des Betrages abgezogen, der nach Abzug von 960 Mark vom Einkommen verbleibt, mindestens aber für die Ehefrau und das erste Kind je 120 Mark, das zweite Kind 240 Mark, das dritte Kind 480 Mark, für das vierte und jedes weitere Kind je 600 Mark, wenn die Summe dieser Abzüge insgesamt höher ist, als 10 v. H. der oben genannten Abzüge.

Diese Regelung ist so „einfach“, daß sie nur an Beispielen zu erläutern ist.

Bei einem Lohnsteuerpflichtigen mit einem Einkommen von 2400 Mark und drei Kindern gilt folgende Rechnung:

2400 Mark - 960 Mark = 1440 Mark. Davon ab für die Ehefrau 120 Mark, das erste Kind 120 Mark, das zweite Kind 240 Mark, das dritte Kind 480 Mark = 690 Mark. Die prozentuale Rechnung ergibt  $4 \times 10$  v. H. von 1440 Mark = 576 Mark. Da die erste Summe höher ist, kommt sie zur Anwendung. Es ist demnach zu zahlen:

$2400 - 960 + 960 = 480$  Mark steuerpflichtiger Betrag davon 10 v. H. = 48 Mark jährliche Steuer.

Der Lohnsteuerpflichtige mit gleicher Kinderzahl, aber einem Einkommen von 3600 Mark hat folgende Rechnung aufzustellen:

$3600 - 960 = 2640$  Mark. Der feste Abzug beträgt, wie im ersten Beispiel, 960 Mark. Dagegen beträgt der prozentuale Abzug  $4 \times 10$  v. H. von 2640 = 1056 Mark. Dieser höhere Betrag kommt zur Anwendung. Der Steuerpflichtige hat also zu zahlen:

$3600 - 960 + 1056 = 1584$  Mark steuerpflichtiges Einkommen; davon 10 v. H. = 158,40 Mark jährliche Steuer.

Im zweiten Beispiel und bei höheren Einkommen kann auch nach dem alten Verfahren gerechnet werden, indem einfach der prozentuale Abzug vorgenommen wird, denn er beträgt hier für die Frau und jedes Kind 1 v. H., zusammen also 4 v. H., so daß 6 v. H. von 2640 Mark zu zahlen sind.

Durch diese Regelung, das darf nicht verkannt werden, ist das Unrecht des prozentualen Abzuges für die niederen Einkommen gemildert, aber für die Einkommen von 2100 bis 3600 Mark bedeutet sie eine Verschlechterung gegenüber dem Steuerüberleitungsgesetz. Diese Verschlechterung wäre durch Annahme meines Antrages, der den Abzug für die Ehefrau und das erste Kind von je 120 Mark auf je 240 Mark vorjäh, beseitigt worden. Trotzdem ich über meinen Antrag getrennt abstimmen ließ, um wenigstens für das erste Kind die Erhöhung auf 240 Mark zu erreichen, wurde auch dieses doch wahrlich geringe Entgegenkommen von den Regierungsparteien verweigert.

Unsere grundsätzliche Forderung, die vom G.D.M. immer vertreten worden ist, für alle Lohnempfänger einen gleich hohen steuerfreien Betrag festzusetzen, ist durch die Neuregelung nicht erfüllt. Ich bin aber fest überzeugt, daß sie sich durchsetzen wird, denn sie ist ein Gebot des sozialen Anstandes. Es ist einfach undenkbar, daß es auf die Dauer haltbar ist, mit wachsendem Einkommen den steuerfreien Betrag wachsen zu lassen. Die nachstehende Tabelle zeigt diese auch

im neuen Gesetze enthaltene Tendenz so deutlich, daß jedes weitere Wort überflüssig ist.

### Steuerfreies Einkommen.

Einkommen Mk.	ledig Mk.	verheiratet Mk.	1 Kind Mk.	2 Kinder Mk.	3 Kinder Mk.	4 Kinder Mk.	5 Kinder Mk.	6 Kinder Mk.
1200	960	1080	1200	—	—	—	—	—
1500	960	1080	1200	1440	—	—	—	—
2100	960	1080	1200	1440	1920	—	—	—
2400	960	1104	1248	1488	1968	2568	—	—
2700	960	1134	1308	1548	2028	2628	—	—
3000	960	1164	1368	1608	2088	2688	3288	—
3300	960	1194	1428	1668	2148	2748	3348	—
3600	960	1224	1488	1752	2232	2832	3432	—
4000	960	1264	1568	1872	2352	2952	3552	4132
4200	960	1284	1608	1932	2412	3012	3612	4212
4800	960	1344	1728	2112	2592	3192	3792	4392
5400	960	1404	1848	2292	2772	3372	3972	4572
6000	960	1464	1968	2472	2976	3576	4176	4776
6500	960	1514	2068	2622	3176	3776	4376	4976
7000	960	1564	2168	2772	3376	3980	4584	5188
7500	960	1614	2268	2922	3576	4230	4884	5538
8000	960	1664	2368	3072	3776	4480	5184	5888

Ebenso wenig haltbar ist aber der einheitliche Steuerfuß von 10 v. H. für alle Ledigen vom geringsten Einkommen bis zu 8000 Mark. Bei Einkommen über 8000 Mark sind drei Steuerstufen von je 4000 Mark mit einem Steigerungssatz von  $2\frac{1}{2}$  v. H. eingefügt worden. Warum hier nur? Warum nicht auch eine Unterteilung bei Einkommen unter 8000 Mark? In den jetzigen schwierigen Verhandlungen war es nicht möglich, diesen Wunsch zum Erfolg zu führen. Da aber das Finanzministerium erklärt hat, daß es aus der Lohnsteuer nur 1200 Millionen Mark „haben wolle“, wird dieser Wunsch vorgebracht werden, wenn, wie nach der gegenwärtigen Regelung zu erwarten ist, die Lohnsteuer mehr als diesen Betrag bringt. Es wird so viel von der Heiligkeit der Ehe und von Bevölkerungspolitik geredet. Wie aber soll der junge Mensch für eine Heirat sparen, wenn ihm nahezu ein Zehntel seines Lohnes weggesteuert wird?

Eine Verbesserung enthält das Gesetz, indem es auf meinen Antrag Entschädigungen, die nach dem § 87 des Betriebsrätegesetzes gezahlt werden, von der Lohnsteuer frei läßt. Die Frist für die Rückzahlung eingezogener Lohnsteuer (siehe Aufsatz „Die Erstattung von Steuerbeiträgen“) ist vom 31. Juli bis zum 31. Dezember 1925 verlängert worden.

Im ganzen gesehen kann gesagt werden, daß gegenüber der Regierungsvorlage ein starker Fortschritt erzielt wurde. Es war nicht gekommen, wenn nicht der fortgesetzte Druck auf die Mehrheit ausgeübt worden wäre, der sie zwang, immer wieder ihre Vorschläge zu ändern und zu verbessern. Die Entlastung der Lohnempfänger ist aber trotz allem nicht groß genug, zumal die Verbrauchssteuern nicht nur nicht abgebaut, sondern, wie beim Zucker, erheblich erhöht wurden. Daneben drohen die Preissteigerungen, die im Gefolge des Schutzolltarifs und der Erhöhung der Hauszinssteuer kommen werden. Die Regierung wird schneller als sie glaubt neue Vorschläge und neue Zugeständnisse machen müssen. (G.D.M.)

## Quer durch das amerikanische Festland.

Von Anton Erkelenz, Düsseldorf, M. d. R.

Studieren oder wandern und sehen, das ist die Frage, vor die man Anfang Juli in Newyork gestellt ist. „Jeder“ ist in den heißen Monaten auf dem Lande, in den Bergen, an der See, in Europa. Man entschließt sich kurz, den Ernst etwas zu vergessen und zunächst durch Reisen einen Ueberblick über das Land zu gewinnen.

Europa ist geographisch zerbrochener, uneinheitlicher, zerrissener als Nordamerika. Es ist fast, als wenn die politische Zerrissenheit Europas ihren ersten Grund in der Vielfaltigkeit seiner Höhen und Senkungen, seiner Flüsse und Felswandung hätte. Amerika ist geographisch und damit auch geopolitisch einfacher. An der Ostküste geht ein niedriger Höhenzug dem Meere entlang, hoch vom Norden bis südlich an den Golf von Mexiko. Dann liegt gen Westen ein ungeheures, weit ausgebreitetes flaches Land vor uns, das erst im letzten Drittel vor der pazifischen Küste Berg und Höhen aufweist. Aber dann zeigen sich auch Formationen von solcher Wildheit und Ursprünglichkeit, wie sie Europa nicht kennt oder doch nicht mehr kennt.

Eine Reise quer durch den amerikanischen Kontinent ist, an europäischen Gewohnheiten gemessen, eine ungeheure Fahrt. Man fährt fünf Tage und vier Nächte vor Newyork nach San Franzisko, d. h. vom atlantischen zum pazifischen Ozean. Natürlich sind die Eisenbahnen auf solche lange Reisen stärker eingestellt als bei uns. Große Unterschiede zwischen dem amerikanischen und etwa dem deutschen Eisenbahnwesen sind nicht erkennbar. Ein Unterschied wirkt zu Ungunsten Amerikas: die zahlreichen selbständigen privaten Eisenbahngesellschaften, und damit die große Zahl der verschiedenen Linien. Der arme Europäer, der just seine Nase in dies Land hineinsteckt, soll diese Linien kennen: denn immer wieder, wenn man nach den Niagara-Fällen, nach Chicago und noch viel weiter westwärts fahren will, soll man angeben, ob man mit der B. R. oder mit der P. u. G. W. R. oder wie sonst die unzähligen Abkürzungen lauten, fahren will. Denn keine Auskunftsstelle darf einem eine

bestimmte Linie empfehlen. Im übrigen wirken sie allerdings untereinander gut zusammen. Der Uebergang von der einen auf die andere geschieht bei den großen Luxus-Personenwagen ohne Wagenwechsel. Die großen Luxus-Personenwagen gehören dabei nicht den einzelnen Eisenbahngesellschaften, sondern einer besonderen Gesellschaft, der Pullman Co.

Große Bahnhöfe haben eigentlich nur die großen Städte und Knotenpunkte. In Newyork gibt es einen Gemeinschaftsbahnhof der verschiedenen Linien, der es so ziemlich mit dem Leipziger Bahnhof aufnehmen kann, aber viel vornehmer und üppiger ist. Man muß bewußt sagen: vornehmer, denn die großen Gebäude der verschiedensten Art sind zwar selten Ausführungen neuer architektonischer Gedanken, aber sie sind meist geschmackvoll, dezent, auch dann, wenn sie alten griechischen oder römischen Stil nachahmen. Die Bahnhöfe der anderen Städte sind von einer für uns unberechenbaren Primitivität. Die Bauabteilungen spielen in den Haushalten der privaten Eisenbahngesellschaften offenbar eine sehr geringe Rolle. Selbst größere Städte haben Bahnhöfe, die nichts anderes sind, als einfache Haltestellen mit einer primitiven, vorn offenen hölzernen Wartehalle.

Das rollende Material und der Unterbau sind dagegen gut, oft besser, als in Europa. Wenn man beurteilt ist, drei Nächte und zwei Tage in einem Pullmancar zu sitzen, um von Chicago nach Salt Lake City in Utah im Marmonenstaat zu kommen, dann findet man die Eigenarten des Personenverkehrs bald heraus. Es gibt nur eine Klasse, die etwa unserer ersten Klasse gleichzusetzen ist. Die Wagen haben keine getrennten Abteile, sondern sind wie eine lange große Halle, durch deren Mitte ein Gang geht, während rechts und links bequeme gepolsterte Bänke stehen. Die Wagen sind länger und schwerer wie unsere D-Zugwagen. Die Züge sind sehr langsam, die Abteile nie überfüllt. Abends werden diese Wagen in Schlafwagen umgewandelt. Die Bänke verwandeln sich in zwei schläfrige Betten. Oben werden weitere zwei schläfrige Betten von der Decke heruntergeklappt. Je ein Ober- und Unterbett werden mit dichten Stoffvorhängen umspannt. So enthält der Wagen

# Aus den Berichten der preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten.

Von Gustav Hartmann.

(Schluß.)

Mit welchen Mitteln von Arbeitgeberseite gearbeitet worden ist, um durch Neufassung von Tarifverträgen eine längere Arbeitszeit herauszuholen, darüber gibt der Bericht über die Stadt Berlin Auskunft. Es heißt dort: „Der Hochstuf von Tarifverträgen im Jahre 1923 folgte Anfang 1924 eine fast tariflose Zeit, da eine große Anzahl von Tarifverträgen auf Grund von § 12 der Arbeitszeitverordnung vom 21. Dezember 1923 mit 30 tägiger Frist vorzeitig von den Arbeitgeberverbänden gekündigt wurde, um Vereinbarungen über eine längere Arbeitszeit herbeizuführen. Dies gelang allmählich auch mit Ausnahme einiger Industriezweige doch wuchs der Widerstand der Arbeitnehmerverbände gegen Ende des Jahres wieder, so daß die Zahl der Industriezweige, in denen die Erneuerung abgelaufener Tarifverträge gescheitert oder nur durch Schiedspruch herbeigeführt werden kann, zunimmt.“ Hier ist offen ausgesprochen, daß man den Tarifvertrag lediglich oder in der Hauptsache dazu benutzen will, um die Verlängerung der Arbeitszeit sicherzustellen. Das ist allerdings nicht der Zweck, den ein Tarifvertrag haben soll und es wird noch eine große Mühe und viele Arbeit kosten, um diesen nun einmal eingerissenen Mißstand wieder zu beseitigen. Dieses Vorgehen Berliner Arbeitgeberverbände scheint im Lande wiederholt gesunden zu haben, denn fast aus allen Bezirken wird berichtet, daß durch tarifliche Vereinbarungen eine Verlängerung der Arbeitszeit erreicht worden ist. Den Führern der Arbeitnehmerorganisationen wird diese Tatsache in der Zukunft noch manchen harten Kampf und manche Ueberwindung kosten.

Wicht beachtliche Mitteilungen enthalten diese Berichte auch über die Lehrlingshaltung. Bei dem Bestreben gewisser Handwerkszweige, die unter einer gesetzlichen Festlegung in der Zahl der von ihnen beschäftigten Lehrlinge stehen, von dieser gesetzlichen Bindung loszukommen, ist es wertvoll, zu wissen, wie sich die Lehrlingsverhältnisse in den zurückliegenden zwei Jahren gestaltet haben. Da ergibt sich, daß besonders in der Metallindustrie ein Ueberangebot von Lehrlingen zu finden ist. Die zunehmende Zahl von Automobilen ist für junge Leute ein Anreiz, Schlosser bzw. Maschinenbauer zu werden. Das gleiche ist in der Elektroindustrie der Fall, die ebenfalls an Ausdehnung zunimmt. Einige interessante Zahlen aus dem Bericht über den Bezirk Königsberg seien hier wiedergegeben. Während dort im Jahre 1913 nur 20 Lehrlinge bei den Elektroinstallateuren vorhanden waren, stieg diese Zahl im Jahre 1924 auf 265. Bei den Tischlern waren 1913 176 Lehrlinge vorhanden, im Jahre 1924 aber 243. Dagegen hat die Zahl der Bäckerlehrlinge wenig zugenommen. Sie betrug 1913 249 und 1924 284. Für dieses Gewerbe ist die Lehrlingszahl für jeden Betrieb gesetzlich festgelegt, daher ist eine so starke Vermehrung, wie sie in anderen Berufen Platz gegriffen hat, hier ausgeschlossen. Eine übermäßig starke Lehrlingszüchterei wird aus dem Bezirk Gumbinnen gemeldet und zwar im Mechaniker- und Schlossergewerbe. Hier sind Betriebe mit 1 Gesellen und 5 Lehrlingen, 2 Gesellen und 7 Lehrlingen sowie 5 Gesellen und 12 Lehrlingen vorhanden. Das dürfte des Guten doch etwas zuviel sein. Diese Lehrlingswirtschaft in den

Schlossereien ist übrigens auch in anderen Bezirken zu finden. Verschiedentlich wird über den Rückgang des Nachwuchses in Fabriken und Handwerksbetrieben Klage geführt, weil das den Lehrlingen gewährte Kostgeld zu gering ist und die Eltern unter den drückenden wirtschaftlichen Verhältnissen nicht in der Lage sind, ihre Söhne auch über die Schulzeit ernähren und kleiden zu können. Aus diesem Grunde ist im Bezirk Köslin der Andrang von Lehrlingen in die Lehrstellen besonders stark, die dem jungen Mann freie Kost und Wohnung bieten. Das entlastet die Eltern und ermöglicht ihnen, ihre Söhne überhaupt in eine Berufslehre zu geben. Beklagt wird auch darüber, daß bei den Maurern der Nachwuchs nur mangelhaft vorhanden ist. Die jungen Leute haben wenig Neigung, in diesen Beruf hineinzugehen. Nur in der Grenzmark scheint es anders zu sein, dort ist nach dem Bericht der Mangellage behoben und damit auch der Mangel an Facharbeitern im Maurergewerbe. Auffallend ist aber auch, daß bei den Formern kein genügender Nachwuchs vorhanden ist. Dieser Beruf ist gewiß nicht der schlechteste und bietet tüchtigen Kräften manche Gelegenheit zum Vorwärtkommen.

Der Bericht über die Stadt Berlin sagt, daß in verschiedenen Zweigen der Metallindustrie — in welchen, ist nicht angegeben — eine vermehrte Einstellung von Lehrlingen nötig geworden sei, um einem Mangel an Facharbeitern vorzubeugen. In der Zeit der Granatendreherei bei dem Kriege war das nicht nötig, nachdem wir aber nun mehr und mehr zur Leistung von Qualitätsarbeit übergehen müssen, ist die Heranbildung tüchtiger Facharbeiter ein unabwiesbares Bedürfnis geworden. Hierzu sagt der Bericht wörtlich: „Die allmähliche Verringerung der Arbeitsmöglichkeiten durch den Konjunkturrückgang und einen Beschluß der Berliner Metallindustriellen, Hilfsarbeiter unter 16 Jahren nicht mehr einzustellen, hat neben der allmählich wieder eingetretenen Verschiebung der Söhne zugunsten der Facharbeiter und der besseren Einsicht, daß eine gute Fachausbildung letzten Endes doch einem vorübergehenden reichlichen Verdienst vorzuziehen ist, schließlich dahin geführt, daß im allgemeinen eine lebhaftere Nachfrage nach Lehrstellen eingetreten ist, und zwar nicht bloß von den aus der Schule ins Leben tretenden jungen Burichen, sondern auch von älteren Jahrgängen.“ Im Breslauer Bezirk konnte die Zahl der angemeldeten Lehrlinge nicht untergebracht werden, weil nicht genügend Aufträge vorhanden waren, und im Bezirk Schleswig überstieg der Zugang an Lehrlingen im Handwerk den Bedarf an Gesellen.

Besonders beachtlich erscheinen uns folgende Bemerkungen aus dem Bericht über den Bezirk Merseburg: „Der Nachwuchs an Lehrlingen ist in den Fabriken durchaus gesichert. Insbesondere zeigt sich das in der Metallindustrie, wo der Andrang von Lehrlingen sehr groß ist; manche größeren Betriebe stellen daher nur Söhne ihrer Werkangehörigen als Lehrlinge ein. In diesen Betrieben ist die Ausbildung nicht selten eine gründlichere, als in Kleinbetrieben, weil in den größeren Betrieben die Lehrlinge meist erst spät in die produktive Arbeit eingespannt werden und vielfach auch theoretischen Unterricht erhalten. Namentlich dort, wo besondere Lehrwerkstätten eine vielseitige Ausbildung gewährleisten, und eine psychotechnische Eignungsprüfung erfolgt, tritt dies in Erscheinung.“ Eine solche Eignungsprüfung ist jetzt verschiedentlich eingeführt worden, wie u. a. auch aus den Berichten über die Bezirke Arnst-

theoretisch vierzig, praktisch meist zwanzig Schlafstätten. Das An- und Ausziehen erfolgt für Frauen und Männer getrennt an den beiden Enden des Wagens in besonderen Räumen, wo man sich auch morgens wäscht. Von den Umkleide-Räumen aus bewegen sich dann langsam gekleidete Männer und Frauen in Nachtgewändern durch den Wagen, um in ihre „Falle“ zu kriechen. Die Damen meist in farbigen Phantas. Das Ganze spielt sich in einer Ungeuerlichkeit ab, als gehöre man zu einer längst auseinander eingewohnten Familie. In einem europäischen Schlafwagen sieht und hört man nicht einen Bruchteil jener menschlichen Offenherzigkeiten, deren man hier Zeuge werden muß. Der entfernteste Mitfahrer in Nr. 20 schnarcht, dort schreien Kinder, halbgekleidete Gestalten huschen umher. Der Keger, der in jedem Wagen zur Bedienung ist, sorgt für Ordnung und Ruhe. Alles in allem: ich bevorzuge den europäischen Schlafwagen. Aber das hiesige System hat den Vorzug, daß man Tag und Nacht im selben Wagen bleiben kann, keine Umzüge und kein Umrangieren nötig hat. Tagsüber sorgen gute Speisewagen für Verpflegung.

So fährt man im Oberlandpreß durch die Lande. Meist mit mäßiger Schnellzugsgeschwindigkeit. Elektrische Lokomotiven schleppen die Züge bis vor die großen Städte; denn in den wenigen großen Städten sind Dampflokomotiven wegen der Rauchentwicklung nicht zugelassen. Deshalb ist die Luft meist reiner. Auch die Ventilation der Wagen ist erheblich besser als bei uns.

Nicht allzu weit hinter Newyork beginnt die Ebene, die frühere Prärie, durch die man nun in sechs Tagen hindurchfährt. Große Weizenfelder wechseln mit Weizenfeldern oder Haferfeldern. Dazwischen Wiesen, Sümpfe und Brüche denn der Farmer ist hier noch in der Lage, dem Lande abwechselnd ein Zubehör zu gewinnen. Man fliegt an Tausenden Einzelgehäusen vorbei, weiß Holzhäuser mit Veranden, grau oder rot geputzt. Eine kleine Scheune, daneben ein anderthalb Meter im Durchmesser großes, zwei bis drei Meter hohes Holzrohr, das zur Aufbewahrung der Getreidevorräte dient. Kleine Viehherden, Pferdeherden, dazwischen alle 30 bis 50 Kilometer ein Dorf, d. h. eine Bahnstation, ein Automobilhändler, Gas,

d. h. Benzinverkäufer und Reparaturmacher, ein kleiner Laden, vielleicht noch eine Apotheke, ein Drug Stores, eine Mischung von Drogerie, Seifenladen und Getränkeauschank. Sind diese Dörfer größer, so findet sich eine größere Ansammlung von Holzhäuschen mit Gärten, langen, unbefestigten Straßen mit Bäumen, Rasenflächen. Tagelang fährt man so durch die ehemalige Prärie. Hier setzten sich vor 30 bis 70 Jahren allmählich die Millionen auswandernden europäischen Landwirte fest und bilden jetzt das große Rückgrat der Wirtschaft dieser jungen Nation. Da grüßen die wohlvertrauten heimatischen Bauernblumen, die in allen Farben blühenden Stiefmütterchen, die Löwenmäuler, die wohlriechenden Wicken, die Stiefmütterchen, die Zinien, die tränenden Herzen und wie sie alle heißen. Ein herrlich blauer Himmel wölbt sich über allem. Gelegentlich zwischendurch sorgt ein Gewitter für Abkühlung.

Das große Verkehrsmittel dieser Landgegenden ist das Automobil, meist der Fordwagen. Erst hier ist mir recht klar geworden, was das Massenautomobil bedeutet. Die weit auseinander liegenden Gehöfte, die weiten Entfernungen zum Dorf oder zur Stadt, versehen die Landbevölkerung in eine für unsere Begriffe ungeheure Einsamkeit. Der Verkehr zu Wagen oder zu Pferde überwindet diese Einsamkeit schwer. Erst das Automobil erlaubt dieser Landbevölkerung zusammenzukommen. Deshalb verfügt auch fast jeder Bauer mindestens über ein, oft über mehrere Automobile. Die verbrauchten Autos stehen in einer Ecke und verrotten, denn eine größere Reparatur vornehmen zu lassen, ist unzweckmäßig, weil ein neuer Wagen schließlich doch billiger ist. Ein zweites Industriezeugnis tritt noch hervor: der Automobiltraktor, das eiserne Pferd, das Motorpferd. Es zieht den Pflug, den beladenen Erntewagen, den Wagen mit den Milchkannen, und ist doch kaum größer als ein mittelgroße Kiste. So sind Ford und seine Nachahmer die großen Freunde der Landwirte geworden. Ueber das Leben die Landbevölkerung wird im Einzelnen später zu reden sein.

(Fortsetzung folgt.)

Berg und Wiesbaden hervorhebt. Ueber den Bezirk Wiesbaden wird gesagt: „Die Eignungsprüfung vor der Einstellung als Lehrling wird immer mehr als geeignetes Mittel zur Auswahl und Heranziehung tüchtiger Facharbeiter erkannt. Aus einer großen Maschinenfabrik, die besonders gute Erfolge in der Lehrlingsausbildung nach Einrichtung der Eignungsprüfung zu verzeichnen hatte, berichtet, daß sämtliche Lehrlinge schon im ersten Lehrjahr in der Lage sind, die gleichen oder noch schwierigeren Arbeiten zu verrichten, als sie sonst Lehrlinge nach vollendeter Ausbildung fertiggebracht haben.“

Bemerkenswert ist ferner die Tatsache, daß jetzt auch Söhne von Beamten und kleinen Landwirten, die eine höhere Schule durchgemacht haben, ein Handwerk erlernen. In der Grenzmark ist festgestellt, daß in zwei Tischlereien 1 Primaner und 2 Junglehrer als Lehrlinge angetroffen wurden, und in Dortmund meldeten sich im Jahre 1923 222 Schüler von mittleren und höheren Schulen als Lehrlinge für Fabrik und Handwerk.

Ein für die kaufmännischen Lehrlinge ungünstiger Einfluß ist durch das Eindringen abgebauter Beamter in den Angestelltenberuf beobachtet worden. Darüber sagt der Bericht über den Bezirk Hannover: „In einem Großbetriebe der Metallindustrie werden keine Lehrlinge eingestellt, dafür aber sogenannte Laufburschen und Laufmädchen, die einem Büro zugeteilt und bei Bewährung nach gewisser Zeit als kaufmännische Angestellte weiterbeschäftigt werden. Für das spätere Fortkommen dieser Personen sind große Schwierigkeiten zu befürchten.“ Unter Vermeidung einer zweckdienlichen Ausbildung wird hier ein kaufmännisches Proletariat gezüchtet, das große Gefahren für den ganzen Stand in sich birgt, und nicht nur für die direkt Betroffenen.

Eine viel umstrittene Frage ist auch die der tariflichen Regelung des Lohnverhältnisses. Die Arbeitnehmer stehen auf dem Standpunkt, daß eine solche Regelung notwendig sei, die ja auch in den kaufmännischen Tarifen bereits erfolgt ist. Die Handwerksmeister dagegen wenden sich mit aller Entschiedenheit gegen eine tarifliche Regelung, weil sie in dem Lehrverhältnis kein Arbeitsverhältnis, sondern ein Erziehungsverhältnis erblicken. Wir wollen uns hier nicht um Worte streiten, denn letzten Endes ist das Lehrverhältnis sowohl das eine, wie auch das andere. Daß aber der Gedanke einer tariflichen Regelung durchführbar und zweckmäßig ist, das beweist der Bericht aus dem Bezirk Köln. In diesem heißt es, daß die Arbeitsverhältnisse der Lehrlinge fast überall durch Tarifvertrag geregelt sind, sowohl, was die Lehrzeit betrifft, wie auch die Entlohnung. Wenn es also dort geht, dann muß es wo anders auch gehen und die Arbeiterorganisationen werden nicht nachlassen, ihre diesbezüglichen Forderungen durchzusetzen, auch wenn zur Zeit die Verhältnisse hierfür wenig günstig liegen.

Die Berichte der Preussischen Gewerbeaufsichtsbeamten enthalten außerdem noch manches Wissenswerte, auf das wir aber an dieser Stelle nicht weiter eingehen können. Sie bieten dem Sozialpolitiker, dem Gelehrten sowohl, wie dem Arbeitnehmersekretär, eine Menge Material zur Beurteilung der Lage, wie sie sich in den Jahren 1923 und 1924 herausgebildet hat. Das, was wir hier veröffentlichten konnten und kritisch bewertet habe, möge unseren Freunden ein Fingerzeig dafür sein, was auf dem Gebiet der Betriebsräte, der Arbeitszeit und des Lehrlingswesens zu tun notwendig ist. Auf diese drei Fragen kam es uns an. Eine Abstellung der Mißstände, die hier aufgedeckt werden konnten, ist aber nur möglich, wenn starke Organisationen sich an die Arbeit heranzumachen. Auf die Gesetzgebung allein zu verlassen, wäre töricht. Unsere führenden Freunde im Lande mögen das beherzigen und ihre Kraft dem Wachstum und der zunehmenden Stärke der Organisation widmen, dann wird so manches besser werden.

## Berliner Möbelmesse 1925.

Wie im vorigen Jahre, so hat wiederum in der Zeit vom 1.—6. September die „Freie Vereinigung der Berliner Holzindustrie“ eine Möbelmesse veranstaltet. Schon damals konnten wir auf die außerordentliche Qualitätsarbeit, welche zur Schau gestellt wurde, hinweisen. Man kann auch von dieser Messe sagen, daß man sich nicht bestrebt gewesen ist, die Leistungen noch zu steigern. Berlin hat von jeher einen guten Ruf in der Möbelindustrie gehabt und die ausgestellte Arbeit rechtfertigt diesen Ruf. Die eichenfurnierten Herren-, Speise- und Schlafzimmer sind in ihrer Gediegenheit hart vertreten. Auffallend ist, daß sehr viel Nußbaum, Eiche und Kirsche verarbeitet wird. Die Schlafzimmer aus gehämmertem Birke erregen noch immer besondere Aufmerksamkeit. Der Stand selbständiger Bildhauer zieht die Besucher besonders an. Man sieht hier wunderbar hochgeschmückte Möbel, Schrank und Schreibtisch aus Nußbaum mit der Hand gearbeitet, innen mit Mahagoni ausgelegt und mit wunderbaren Intarsien verziert, alles in allem ein Kunstwert für sich.

Besonders groß ist die Auswahl in Einzelmöbeln, Kleinmöbeln, Dielen- und Stuhlmöbel. Auch die Küchenmöbel sind stark vertreten und zeigt auch diese Fabrikation einen Aufstieg zur Qualitätsarbeit. Polster und Patentmöbel sind reichhaltig ausgestellt. Von letzteren ist ein Bettschrank besonders interessant, dessen Neuerung darin besteht, daß zur besseren Lüftung der Betten die Ober- und Hinterteile des Schrankes vollständig fehlen.

Hölzer, Furniere und Sperrplatten sind von den bekannten größeren Firmen ausgestellt.

Besonders zahlreich sind die Tischlereibedarfsartikel und die Holzbearbeitungsmaschinenindustrie vertreten. Bei der Betrachtung des Ganzen muß anerkannt werden, daß die Veranstalter der Messe sichtlich bestrebt gewesen sind, nur Qualitätsware zur Schau zu bringen. Bei dieser Gelegenheit wollen wir es nicht unterlassen, wiederum unsere mahnende Stimme zu erheben, dem Nachdruck mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Solche ausgestellte Qualitätsarbeit kann nur von Qualitätsarbeitern hergestellt werden, die selbst sind, wie von Arbeitgeberseite selbst zugegeben wird, recht dünn gesät.

Zum Schluß wollen wir den Wunsch aussprechen, daß der veranstalteten Messe ein guter Erfolg nicht ver sagt sein möchte.

## Gutes Inlandsgeschäft in der Pianoforte-Industrie.

Unter dieser Ueberschrift bringt das Organ des „Arbeitgeberverbandes der deutschen Holzindustrie und des Holzgewerbes“ „Die Holzindustrie“ folgende Notiz:

Die Pianoforte-Industrie kann in den letzten Wochen eine entschiedene Belebung des Inlandsgeschäfts verzeichnen. Die Händler rechnen im allgemeinen mit einer größeren Nachfrage im kommenden Winter und bemühen sich, wieder reichhaltigere Läger zu halten. Der Auftragseingang aus dem Inlande kann daher als befriedigend bezeichnet werden. — Im Exportgeschäft ist zwar die Nachfrage nach England für mittlere Preislagen so gut wie unmöglich geworden, doch zeigt sich gute Nachfrage nach deutschen Fabrikaten in Südafrika und besonders in Südamerika. Der Export nach Australien, das früher einer der Hauptmärkte war, ist allerdings zurückgegangen.

Obige Ausführungen stehen offenbar im Gegensatz zu den Behauptungen der Vertreter für die Berliner Musikinstrumenten-Industrie welche erklärten, daß der Geschäftsgang ein derart schlechter wäre, daß sie außerstande seien, irgend eine Lohnerhöhung zu gewähren. Ein vom Schlichtungsausschuß gefällter Schiedsspruch mit einem Spitzenlohn von 1,— Mk. ist von beiden Seiten abgelehnt worden; auch der bisherige Mantelvertrag ist gekündigt und läuft in diesem Monat ab. Bei der Erneuerung werden sich auch noch allerlei Schwierigkeiten ergeben. Die Lage ist außerordentlich ernst.

## Briefkasten.

Wegen Raummangel mußte ein Bericht aus Pilsnitz i. Sa. bis zur nächsten Nummer zurückgestellt werden.

## Jeder Gewerkschaftskollege

der für die Entwicklung des Gewerkschafts wirken will,

muß

neben der finanziellen Stärkung der Organisation

helfen

neue Streiter für die Verteidigung seiner Rechte zu gewinnen.

## die Interessenlosigkeit

zahlreicher Arbeitskollegen stärkt die Reaktion im Arbeitgeberlager. Es gilt den Indifferentismus

zu bekämpfen

im Interesse der Kollegen selbst.